

## SPS-Parteivorstand pfeift Parteispitze zurück

### Absage an Referendum gegen 10. AHV-Revision

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) wird entgegen den Ankündigungen ihres Präsidenten Peter Bodenmann nun doch kein Referendum gegen die 10. AHV-Revision ergreifen. Das höhere Frauenrentenalter soll mit einer erst noch zu formulierenden Initiative bekämpft werden. Mit diesem mit 33:26 Stimmen gefassten Beschluss desavouierte der Parteivorstand am Samstag Parteileitung und Mehrheit der Fraktion.

rom. Bern, 8. Okt.

Das lange Gesicht des Parteipräsidenten und die *Perplexität* der Gewerkschaftsführerin Christiane Brunner nach dem offensichtlich nicht erwarteten Entscheid des Parteivorstands sprachen Bände. Dabei hatten die Parteistrategen doch alles eingefädelt: Gemeinsam sollten SPS und Gewerkschaften die Erhöhung des Frauenrentenalters mit einem Referendum gegen die 10. AHV-Revision bekämpfen, gleichzeitig aber die positiven Errungenschaften wie zivilstandsunabhängige Renten (Splitting) und Erziehungsgutschriften (Bonus) durch eine «Initiative gegen den Scherbenhaufen» absichern. Nach dem negativen Entscheid der Basis haben die erfolglosen Taktiker weder Referendum noch Initiative, dafür nun selber einen *Scherbenhaufen*.



Ratlosigkeit der SP-Strategen: Parteipräsident Peter Bodenmann (rechts) und Generalsekretär André Daguët nach der Desavouierung durch den Parteivorstand in der AHV-Referendumsfrage. (Bild key)

Gut zweieinhalb Stunden diskutierten die anwesenden Delegierten des theoretisch

rund 100 Mitglieder starken Parteivorstandes über die adäquate Antwort auf die «Provokation» der bürgerlichen Verkoppelung der 10. AHV-Revision mit der schrittweisen Erhöhung des Frauenrentenalters. Einig war man sich wenigstens in der Qualifikation der Ausgangslage: Von «Erpressung» und «Frechheit» der Parlaments- und Männermehrheit war die Rede, die das Revisionspaket vergiftet und noch rasch eine Kröte hinein verpackt habe.

#### Korrigierbare Erhöhung des Rentenalters

Die Genfer Nationalrätin und Gewerkschafterin Christiane Brunner bezeichnete ein Referendum als die einzig klare Antwort auf die bürgerliche Arroganz: «Wenn man gegen etwas ist, muss man Nein sagen können.» Nationalratspräsidentin Gret Haller warnte jedoch eindringlich davor, in die ausgelegte Falle zu tappen. Weil das Frauenrentenalter erst in den Jahren 2001 bis 2005 sukzessive erhöht werden soll, könnte ihrer

Meinung nach der «falsche» Entscheid mit Druck einer Volksinitiative und mit Blick auf die 11. AHV-Revision noch korrigiert werden.

Unwiederbringlich verloren wären bei einer (erfolgreichen) Referendumsabstimmung gegen die 10. Revision jedoch die in 15 Jahren erkämpften Errungenschaften wie Splitting und Erziehungsgutschriften, warnte die Berner Nationalrätin. «Beim Systemwechsel haben wir gewonnen, beim Rentenalter die Bürgerlichen», bilanzierte Gret Haller und prophezeite, dass als Trittbrettfahrer eines Referendums mit ihrer Stimme auch jene traditionellen Kreise die 10. AHV-Revision zu Fall bringen würden, denen der zivilstandsunabhängige Rentenanspruch nicht ins Konzept passe. Fraktionschefin Ursula Mauch pflichtete bei: Eigentlich sei es erstaunlich, dass Splitting und Bonus durchgesetzt werden konnten. Im heutigen Umfeld hätten solche Vorschläge wohl keine Chance mehr.

## Kopf gegen Bauch

Eher mit Emotionen denn mit Fakten argumentierten die Befürworter des Referendums. Nationalrätin *Margrith von Felten* wollte sich die Missachtung von Frauenrechten und den angeblichen Sozialabbau auf dem Buckel der Frauen «einfach nicht gefallen lassen», Nationalrat *Peter Vollmer* rief auf zur Bündelung der linken Kräfte im Referendum, das ohnehin von Gewerkschaften und Frauenorganisationen lanciert werde. Diesen Appell zur Einigkeit verband er mit einem Seitenhieb auf «Abtrünnige» – gemeint war sein Fraktionskollege Alexander Tschäppät –, die statt linker Politik *opportunistische Organisationspolitik* betrieben: Mit der angekündigten Initiative könne der Kaufmännische Verband gegenüber dem Gewerkschaftsbund neu positioniert werden.

Nicht dem Parlament angehörende Votanten äusserten sich zum Teil weit pragmatischer. Eine Frau meinte, sie sei nicht bereit, Splitting und Betreuungsgutschriften auf dem Altar des Referendums zu opfern. Ein junger Mann wollte – «ob aus Opportunismus oder Faulheit» – nicht einfach aufgeben, was man jahrelang gefordert und schliesslich erhalten habe. «Schauen wir, wie wir das höhere Rentenalter noch mit einer klar formulierten Initiative bekämpfen können.» Diesen Weg des «kühlen Kopfes» empfahl auch der Basler Ständerat *Gian-Reto Plattner*, der der Parteileitung Flickschusterei und Pfuscher vorwarf: Die vorgeschlagene Initiative sei mindestens sprachlich selber ein Scherbenhaufen.

Die Parteistrategen Peter Bodenmann und André Daguët warnten jedoch vor einer Spaltung der breit abgestützten Referendumsbewegung und einer Abkehr von der traditionellen Seilschaft mit den Gewerkschaften. Christiane Brunner hielt der glasklaren Argumentation ihrer Fraktionskollegin Gret Haller immerhin zugute, dass «alles vom Kopf her richtig» sei. Es müssten aber auch Emotionen zum Tragen kommen. In der Abstimmung erzielte der Kopf dann doch noch einen Vorsprung über den Bauch...

## Für Krankenkasseninitiative und gegen Zwangsmassnahmen

Keine hohen Wellen warfen im Parteivorstand die Abstimmungsvorlagen vom 4. Dezember. Diskussionslos und einstimmig wurden die *Nein-Parole* zu den Zwangsmassnahmen gegen kriminelle Ausländer und *zwei Ja-Parolen* zur Revision des Krankenversicherungsgesetzes sowie zur einschlägigen SP/SGB-Initiative beschlossen. CVP-Generalsekretär *Raymond Loretan* trat gegen das auf Lohnprozentuale Abzüge setzende Volksbegehren als Sprecher in der Wüste an: Noch während seiner Ausführungen wurde ein Brief verteilt, mit dem die Parlamentarier Thomas Onken, Gian-Reto Plattner, Hans Zbinden, Ernst Leuenberger, Alexander Tschäppät, Moritz Leuenberger, Ursula Mauch und Andreas Gross die Genossinnen und Genossen des Parteivorstands aufforderten, im Hinblick auf die AHV-Referendumsdiskussion «das Gesetz des Handelns wieder in die Hand zu nehmen». Das Referendum führe die Partei in eine Zerreihsprobe und ins Abseits: «Unsere Wählerinnen und Wähler werden irre an uns», stellt das Schreiben fest.

## CNG ergreift Referendum und erwägt «Splitting-Initiative»

*Bern, 8. Okt. (sda)* Die Delegierten des *Christlich-nationalen Gewerkschaftsbunds* (CNG) haben am Samstag in Bern einen einstimmigen Beschluss des Bundeskomitees vom Juni zur Ergreifung des Referendums gegen die 10. AHV-Revision bestätigt. Zudem wird erwogen, die Errun-

genschaften der 10. AHV-Revision (Splitting, Erziehungsgutschriften) mit einer Initiative zu retten. Ein solches Volksbegehren würde allerdings nur zusammen mit den anderen Referendumsträgern ergriffen.

Nicht unterstützt werden vom CNG Initiativen, wie sie vom Kaufmännischen Verband, von den Grünen und neuerdings auch von der SP zur Rettung des Frauen-Rentalers 62 geplant werden. Dieser Weg sei «weniger geeignet», weil die Frage des Rentenalters auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben werde, findet der CNG. In der Zwischenzeit würde das höhere Rentenalter bereits zementiert.

## Jungliberale sorgen sich um die Altersvorsorge

### Für mehr Selbstverantwortung

*Luzern, 8. Okt. (sda)* Die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) wird künftig von einer Frau präsiert. *Ylva Eriksson* aus Zürich wurde am Sonntag am JBS-Jahreskongress in Luzern an die Spitze der grössten Schweizer Jugendpartei gewählt. Am Vortag stand eine Podiumsdiskussion über die Zukunft der AHV auf dem Programm. Ausgangspunkt bildeten die prognostizierten Finanzierungsprobleme der AHV. FDP-Präsident *Franz Steinegger* stellte fest, die Sozialausgaben seien in der Vergangenheit stark gewachsen und dürften dies wegen der demographischen Entwicklung auch künftig tun, selbst wenn keine neuen Aufgaben hinzukämen. Niemand

wolle die AHV als grosses Sozialwerk abschaffen, erklärte der jungliberale Luzerner Grossrat *Christoph Bugnon*. Deshalb dürften die Jungen von heute auch für morgen noch darauf bauen. Leider falle die 10. AHV-Revision nicht kostenneutral aus. Bugnon möchte speziell die dritte Säule stärker fördern und die Eigenmietwertbesteuerung abschaffen. Auch andere Diskussionsteilnehmer setzten sich für mehr Selbstverantwortung des Einzelnen auch in der Altersvorsorge ein. In diesem Sinne sollte allenfalls das ganze AHV-System neu überdacht werden. Zu überlegen sei zudem, ob nicht nach kürzerer Schuldauer das Arbeitsleben früher beginnen und länger – über 65 Jahre hinaus – dauern sollte.

## Vorstand der Grünen Partei beschliesst Doppelinitiative

*Olten, 8. Okt. (sda)* Der Vorstand der Grünen Partei der Schweiz (GPS) hat am Samstag in Olten einstimmig die Lancierung einer Doppelinitiative beschlossen. Die erste Initiative sieht ein *flexibles Rentenalter 62* für Frau und Mann vor, die zweite schlägt zur Finanzierung der Mehrkosten und zum Abbau der Lohnprozente eine Energiesteuer vor. Ein Referendum gegen die 10. AHV-Revision lehnt er ab. Den definitiven Entscheid über die Lancierung der Initiative «Für eine sichere AHV – Energie statt Arbeit besteuern» wird die Delegiertenversammlung der GPS am 5. November in Chur fällen.